

---

Veranstaltung im IG-Metall-Haus, Freitag den 1.  
Dezember um 17 Uhr:

---

# 1300 Entlassungen nach Streik im VW-Werk Uitenhage in Südafrika

## Hintergründe, Zusammenhänge und Schlussfolgerungen des Konflikts

Anfang Februar entließ der deutsche Konzern Volkswagen in Uitenhage, Südafrika 1300 Arbeiter, weil sie nach einem Streik ein Ultimatum zur Arbeitsaufnahme nicht befolgt haben. In diesem Konflikt wurden zentrale Fragen in Bezug auf Globalisierung, Arbeitnehmerinteressen und das Verhalten von Gewerkschaften in diesem Spannungsfeld kontrovers beurteilt (siehe unten).

### Wir wollen

- Vollständige Informationen über die Vorgänge und die aktuelle Situation in Uitenhage vermitteln
- Die Aufgaben von Gewerkschaften und Konzern- / Weltbetriebsräten im Rahmen der Globalisierung beleuchten
- Die unterschiedlichen politischen Sichtweisen vermitteln und Handlungsmöglichkeiten diskutieren

-

### An der Veranstaltung werden teilnehmen:

**Stefan Krull** Sprecher des AK-Südafrika und Mitglied des Betriebsrats bei VW Wolfsburg

**Manfred Reck** Sekretär der IGM-Verwaltungsstelle Wolfsburg, verantwortlich für Inter-Soli-Arbeit

**Thorsten Wenderoth** Mitglied der IGMetall-Vertrauenskörperleitung bei VW in Kassel

**Wilfried Dreßler** IGMetall-Vertrauensmann bei VW in Salzgitter

**Beatrix Sassermann** Vertrauensfrau der IG-BCE in Wuppertal

Die drei Letztgenannten haben im Mai 2000 die Schlichtungsverhandlung in Südafrika beobachtet)

**Ort: Großer Saal (5.Stock) im IG-Metall-Haus, Alte Jakobstraße 148,Berlin-Kreuzberg, U-Bahn Hallesches Tor**

## **Auszüge aus verschiedenen Stellungnahmen:**

### **Aus der Stellungnahme des GBR von VW , April 2000:**

Dem Werk Uitenhage von Volkswagen in Südafrika ist ein großer Schritt nach vorne gelungen: Der Standort sicherte sich nun langfristig den Auftrag zum Bau von jährlich 30.000 Golf für den Export. Diese gute Nachricht stieß nicht nur bei den Beschäftigten und deren Familien auf Erleichterung, sondern landesweit auch bei Gewerkschaften und Politikern. Schließlich verzeichnet die Region Uitenhage/Port Elizabeth eine Arbeitslosenquote von über 50 Prozent.

Noch vor wenigen Wochen hatte es gar nicht so gut ausgesehen für dieses ehrgeizige Vorhaben von Volkswagen, das auch ein Signal setzen kann gegen die weit verbreitete Armut im Südafrika. Hintergrund für die Probleme war ein Konflikt innerhalb der Gewerkschaft NUMSA: Eine oppositionelle Minderheit war offenbar entschlossen, auch unter Umgehung demokratischer Regeln die bestehenden Tarifverträge und Gesetze zu brechen und bestimmenden Einfluss zu bekommen. ... Dr. Schuster (Leiter des Zentralen Personalwesens des Konzerns) berichtet, dass sich die Oppositionsgruppe von anderen Vertrauensleuten isolierte und Vereinbarungen zur Produktivitätssteigerung torpedierte, die im Konsens der Arbeitnehmer getroffen worden waren. "Eine geschlossene Vertretung der Arbeitnehmerinteressen war nicht mehr möglich", bestätigt Hans-Jürgen Uhl, Generalsekretär des Weltkonzernbetriebsrats von Volkswagen, der sich zusammen mit Dr. Schuster auch vor Ort für eine Lösung der Probleme einsetzte. ... Dr. Schuster: "Die Gruppe ersetzte die zurückgetretenen Vertrauensleute ohne Beteiligung der Belegschaft durch Gefolgsleute und wollte allen anderen Gewerkschaftsvertretern verbieten, das Werk zu betreten." Uhl betont: "Das widersprach auch dem hoch entwickelten und sehr arbeitnehmerfreundlichen Arbeitsrecht in Südafrika." Die NUMSA habe daraufhin die 13 Oppositionellen ausgeschlossen und Volkswagen aufgefordert, sie nicht mehr zu beschäftigen.

... Die Lage wurde unhaltbar. Um Lieferverpflichtungen zu erfüllen, hätte bei einer Fortführung des Ausstandes das komplette Exportvolumen aus dem Werk abgezogen werden müssen. Eine offenbar illegal agierende Gruppe hätte damit die Existenz von tausenden Beschäftigten und deren Großfamilien aufs Spiel gesetzt. Dem Unternehmen blieb keine andere Wahl, als eine erneute Frist zu setzen: Nur diejenigen Arbeitsverträge behielten ihre Gültigkeit, die von den Mitarbeitern mit Beginn der Frühschicht am 3. Februar erneut unterzeichnet würden. Die überwältigende Mehrheit der rund 6000 Beschäftigten ergriff diese Chance. Dass dennoch knapp 1300 Mitarbeiter dieses Angebot nicht nutzten, bedrückt Hans-Jürgen Uhl sehr. Aber weder die IG Metall noch der Konzernbetriebsrat von Volkswagen sahen sich in der Lage, den VW-Vorstand aufzufordern, die Entlassungen zurückzunehmen. Diese Gruppe hat die Aufrufe der Gewerkschaft, der demokratischen Regierung und des VW-Managements sabotiert und trägt die Verantwortung für die Arbeitslosigkeit von 1300 Kollegen." Das unterstreicht Uhl nach Beratungen auch im Weltkonzernbetriebsrat, der IG Metall und dem Internationalen Metallgewerkschaftsbund, dem die südafrikanische NUMSA angehört. Die Verantwortung für die schlimme Entwicklung müsse die Oppositionsgruppe tragen. ...

### **Aus einem Brief von Bonisile Mzeku,**

### **Uitenhage-Krisen-Komitee, April 2000:**

...Wir hatten darum gebeten, dass die Organisatoren der VK-Versammlung in Kassel, die für den 03. April angesetzt war, uns erlauben würden, daran teilzunehmen, so dass wir

unsere Angelegenheit und Haltung zu dem Konflikt bei VW in Südafrika persönlich darlegen und alle Missverständnisse klären könnten. ... Die Organisatoren haben unsere Teilnahme, sogar unsere Anwesenheit als Beobachter abgelehnt. ...

Wir sind enttäuscht und empört, dass wir an der Versammlung vom 03. April nicht teilnehmen konnten, besonders deshalb, da die Angelegenheit der Entlassungen in Südafrika auf dem Treffen diskutiert werden sollte. Das grundlegende demokratische Prinzip der Gewerkschaftsbewegung ist es, dass es Dir erlaubt sein muss, Deinen Fall persönlich vorzutragen, und nicht, dass ein anderer eine eigene Version in Deiner Abwesenheit darlegt. ...

**Wenderoth, Dreßler, Sassermann**

**nach ihrer Rückkehr aus Uitenhage:**

... Sie und andere hatten die Arbeit niedergelegt, um ihre Solidarität mit 13 Shopstewards (Mittelding aus Betriebsrat und Vertrauensmann/frau), die von ihrer Gewerkschaft ein Funktionsverbot (Suspendierung) erhalten hatten zu schützen. Sie wollten ihre demokratisch gewählten Vertreter nicht fallen lassen, die ihrer Kritik an Vereinbarungen zwischen ihrer Gewerkschaft und dem Arbeitgeber Ausdruck verliehen.

Seit Februar haben die Vertreter der Entlassenen Briefe an deutsche Betriebsräte und Vertrauensleute geschickt, um die Solidarität deutscher VW-Kollegen einzufordern. Es kam sogar der Kollege James Bonisile Mzeku nach Deutschland, um persönlich die Sicht der Betroffenen vorzutragen. Die offiziellen Vertreter der deutschen VW-Arbeiter taten sich schwer mit internationaler Solidarität. Nur an der Basis rührte sich Protest gegen das Vorgehen der Firmenleitung. Es gab vielfach den Wunsch, die Ereignisse besser zu verstehen, Widersprüchen nachzugehen und unterschiedliche Darstellungen zu klären. Die Unterzeichner sind daher nach Uitenhage gereist, um soviel direkte Information wie möglich zu erhalten. ...

Die Auseinandersetzung bei VW hatte somit auf der einen Seite als Ursache die Angriffe des Unternehmens auf Errungenschaften der Arbeitnehmer im Rahmen der Globalisierung. Zum anderen gab es die Unzufriedenheit eines bedeutenden Teils der Belegschaft über die Zugeständnisse ihrer Gewerkschaft und deren Umgang mit dem Mitgliederwillen. Der Unmut machte sich z.B. bei der Neuwahl der Shopstewards im letzten Jahr Luft. Eine ganze Reihe derjenigen, die den Mitgliedern zu kompromissbereit waren, wurden zugunsten von kritischeren Vertretern abgelöst. Dies war weder dem Unternehmen noch der Gewerkschaft angenehm. ..."